

Es sollte eines der großen Projekte des Jahres 2020 werden. Für den 9. Mai, den Europatag, war der Startschuss für die „Konferenz über die Zukunft der Europäischen Union“ geplant. Über zwei Jahre hinweg sollen in verschiedenen Foren, Konferenzen und Anhörungen Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und der staatlichen Ebene, Parlamentarier*innen, Abgesandte aus den Regionen, Repräsentant*innen aus möglichst vielen gesellschaftlichen Bereichen diskutieren, wie die EU der Zukunft aussehen könnte. Und Vorschläge für den Weg dorthin erarbeiten.

Noch immer jedoch steht kein Termin für den Beginn der Zukunftskonferenz fest. Wo liegen die Hindernisse, wer bremst und wer geht voran? Welche Themen gehören auf den Tisch und welche Erwartungen gibt es an das Ergebnis? Eines zumindest ist klar: Mit der Zukunftskonferenz betritt Europa Neuland.



Foto: Maurizio Brambatti, picture alliance / dpa

Inhalt

Eine Konferenz – viele Akteure

#CoFoE soll stattfinden, darüber sind sich die Beteiligten einig. Über Ziel und Themen gibt es jedoch unterschiedliche Ansichten.

3

„Ich mache mir große Sorgen um die EU“

Ulrike Guérot über das Europa der Nach-Corona-Zeit, die Europäische Republik und das Spiel mit dem Vertrauen der Bürger*innen in die EU

5

Das Schicksal der EU entscheidet sich beim Thema Asyl

Migration und Asylpolitik standen im Mittelpunkt der Auftaktveranstaltung zur Online-Reihe „Zukunft Europa“.

7

Ein Green Deal geht nur mit globaler Gerechtigkeit

Klimakrise und Green & Social New Deal – das zweite Event im Rahmen der Online-Reihe „Zukunft Europa“.

9

Eine global gestärkte EU als Friedensbewahrerin

Das dritte Event im Rahmen der Online-Reihe „Zukunft Europa“ beschäftigte sich mit Europas Rolle in der Welt.

12

„Die Kollektivrechte müssen gestärkt werden“

Wie kann mehr soziale Gerechtigkeit in der EU erreicht werden? – das vierte Event im Rahmen der Online-Reihe „Zukunft Europa“.

14

Impressum

Info: Europa | EU-Zukunftskonferenz

wird herausgegeben von der Fraktion THE LEFT im Europäischen Parlament, ASP 02G354, Rue Wiertz 60, B-1047 Brüssel (Büro Helmut Scholz)

Herstellung common verlagsgenossenschaft e.G., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, kontakt@common.berlin

Redaktion Uwe H. Sattler (V.i.S.d.P.)

Layout Michael Pickardt

Titelfoto Rom, St. Petersplatz

Druck BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin



Editorial

Wir müssen reden ... über die Zukunft der EU!

Ursula von der Leyen hat bei ihrem Amtsantritt als Präsidentin der Europäischen Kommission Großes versprochen: Eine EU-Zukunftskonferenz soll Politik, Zivilgesellschaft und Bürger*innen zusammenbringen, um den Integrationsprozess zu überdenken und auszuloten, wie die Europäische Union anders aussehen könnte und zu verändern ist.

Eine solche Konferenz ist überfällig. Sie ist zugleich ein neuer Ansatz – und aus europarechtlicher Sicht Neuland. Es ist ein Mechanismus, der alle Akteure ermutigen und befähigen soll, ihrerseits in die Gesellschaft hinein Vorstellungen für eine künftige EU zu unterbreiten. Daher sehe ich die Zukunftskonferenz nicht nur als Chance, sondern auch als Aufgabe für linke und EU-kritische Kräfte, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie wir die Konferenz, auch COFE oder CoFoE genannt (Conference on the Future of Europe), begleiten können. Und zu überlegen, wo wir gemeinsam mit linken und grünen Parteien, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und anderen politischen Akteuren die Möglichkeit haben, unsere Utopien, Positionen und konkreten Vorschläge einzubringen.

Natürlich, die Struktur von CoFoE ist nicht leicht zu fassen. Die Konferenz, so der Vorschlag des Europäischen Parlaments, soll als permanenter Raum zweigeteilt stattfinden, und zwar in Bürgeragora und sogenannter Plenarkonferenz, die im ständigen Diskurs miteinander stehen. Als Gegenstück zu den Agoras werden wir in der Plenarkonferenz die repräsentative Demokratie widergespiegelt sehen, d.h. durch Abgeordnete aus dem Europäischen Parlament, aus den nationalen Parlamenten, aber auch durch Regierungsvertreter*innen aus allen Mitgliedstaaten für den Rat, die zuständigen Kommissar*innen sowie durch Vertreter*innen des Ausschusses der Regionen, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und der sozialen Partner.

Ein Jahr nach der Ankündigung steht der Beginn der Zukunftskonferenz jedoch noch immer in den Sternen. Ursprünglich sollte die Konferenz bereits am 9. Mai 2020 beginnen, dem 70. Jahrestag der Schuman-Erklärung und heutigen Europatag. Allerdings tut sich ein Teil der Mitgliedstaaten schwer, den Menschen in Europa so viel Mitspracherecht in der Gestaltung der Zukunft Europas einzuräumen. Auch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat ihr vollmundiges Versprechen, das Vorhaben zu forcieren und CoFoE noch 2020 zu beginnen, nicht eingelöst. Wie die Konferenz verschleppt wird, ist alarmierend und höchst problematisch. Wird hier nicht schnellstens eine Kursänderung vorgenommen, drohen all jene Kräfte recht zu behalten, die die demokratische und solidarische Weiterentwicklung der EU ablehnen und das Rosinenpicken aus dem Binnenmarkt fortsetzen wollen. Übrigens heißt es im Artikel 1 des Vertrags über die Europäische Union, dass „Entscheidungen möglichst offen und möglichst bürgernah getroffen werden“.

Dabei ist klar: Der Vertrag von Lissabon, der vor etwas mehr als zehn Jahren in Kraft getreten ist, wird den Anforderungen unserer Zeit bei Umweltschutz, Migration, Zugang zur Bildung, bei der Erfüllung der UN-Entwicklungsziele – um nur einige Herausforderungen exemplarisch zu nennen – nicht gerecht. Der Schritt hin zur politischen und sozialen Union, ob nun Republik oder veränderter Staatenverbund, muss gemeinsam mit allen Europäer*innen diskutiert werden. Die gestiegene Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 2019 hat gezeigt, dass sich die Bürger*innen mit Europa beschäftigen, wenn ihnen die Möglichkeit dazu geboten wird.

Es ist an der Zeit, die Tabus zu brechen, die im letzten Jahrzehnt die soziale Ungleichheit verstärkt und viele Menschen an der EU haben zweifeln lassen – und die somit die weitere europäische Integration blockiert haben. Zu oft stand nationaler Egoismus gemeinschaftlichem Handeln entgegen. Aber keine Gemeinschaft der Welt kann dauerhaft bestehen, wenn einige mehr als andere von der Mitgliedschaft profitieren. In Corona-Zeiten sind diese Konflikte und Widersprüche noch offensichtlicher geworden.

Lassen Sie uns reden... über die Zukunft der EU! Fangen wir einfach an! *Helmut Scholz*

Helmut Scholz ist Abgeordneter des Europäischen Parlaments (DIE LINKE) und u.a. Mitglied im Ausschuss für konstitutionelle Fragen.



Foto: Michla Theiner/WSUM

London, 2015

Belebte Plätze, Menschen, Jubel, Proteste – überall in Europa nehmen Bürger*innen ihr Recht in Anspruch, mitzureden, mitzubestimmen, Gesicht zu zeigen, ihre Vision von einer anderen Gesellschaft einzufordern. Von Berlin bis Rom, von Athen bis Paris, von Madrid bis Helsinki – die Fotos aus verschiedenen Mitgliedstaaten der EU belegen es. Der öffentliche Platz als moderne Form der Agora, jenem zentralen Versammlungs- und Festplatz im antiken Griechenland, auf dem über Politik beraten und nicht selten entschieden wurde.

Über Politik beraten und mitentscheiden, das ist auch Anliegen der Versammlungen von Bürger*innen im Rahmen der EU-Zukunftskonferenz. Wenngleich die Debatten wohl eher in geschlossenen Räumen stattfinden werden ...

Eine Konferenz – viele Akteure

#CoFoE soll stattfinden, darüber sind sich die Beteiligten einig. Über Ziel und Themen gibt es jedoch unterschiedliche Ansichten. **Von Jürgen Klute**

Das Projekt der europäischen Zukunftskonferenz, die letztlich aus mehreren Teilkonferenzen bestehen soll, bleibt trotz Corona auf der Tagesordnung. Zumindest darüber herrscht bei Europäischem Parlament, Europäischer Kommission und Europäischem Rat Einigkeit. Auch dazu, dass es ein – wie auch immer gestalteter – Dialog mit den Bürger*innen sein soll, gibt es bei den drei europäischen Institutionen keine Differenzen. Wie aber diese Konferenzen im Rahmen von CoFoE ablaufen sollen, welche Themen sie haben sollen und welches Ziel, darüber gibt es nach wie vor unterschiedliche Vorstellungen. Ein Überblick über die wichtigsten Positionen.

Die Europäische Kommission

„Ich will, dass die Bürgerinnen und Bürger bei einer Konferenz zur Zukunft Europas zu Wort kommen, die 2020 beginnen und zwei Jahre laufen soll“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei der Vorstellung ihrer politischen Leitlinien vor dem Europäischen Parlament am 16. Juli 2019 in Straßburg.

In ihrer Mitteilung vom 22. Januar 2020 skizziert die Kommission, wie sie sich die Zukunftskonferenzen vorstellt: Zum einen soll es um inhaltliche Fragen gehen, um Klimawandel, Umweltprobleme, Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, Digitalisierung, die Förderung europäischer Werte, die Stärkung der Stimme der EU in der Welt sowie um die Festigung der demokratischen Grundlagen der Union. Zum anderen um demokratische Prozesse und institutionelle Fragen, insbesondere um das Spitzenkandidaten-System und die länderübergreifenden Listen für die Wahlen zum Europäischen Parlament. Der Text der Mitteilung hebt diese Themen hervor, indem er sie konkret benennt, sagt aber nicht, dass diese Auf-

zählung abschließend ist. Andererseits enthält die Kommissionsmitteilung keine Hinweise darauf, dass – und ggf. wie – weitere Themen von Bürger*innen in die Debatte eingebracht werden könnten.

Zum Ablauf der Konferenz und zur Frage der Beteiligung hat die Kommission bisher nur sehr vage Vorstellungen veröffentlicht. So heißt es in der Mitteilung vom 22. Januar: „Die Kommission betrachtet die Konferenz als Forum, dessen Ausgangs- und Orientierungspunkt die Bevölkerung ist, an dem also Bürgerinnen und Bürger aus allen Ecken der Union und nicht nur aus den Hauptstädten Europas teilnehmen können. Andere EU-Institutionen, die nationalen Parlamente, die Sozialpartner, regionale und lokale Behörden sowie die Zivilgesellschaft sind eingeladen, sich daran zu beteiligen. Eine mehrsprachige Online-Plattform wird die Transparenz der Debatte gewährleisten und eine breitere Beteiligung fördern. Die Kommission will, gemeinsam mit den anderen EU-Organen, so wirksam wie möglich dafür sorgen, dass die Ideen und Rückmeldungen der Bürgerinnen und Bürger in die Politikgestaltung der EU einfließen.“

Der Europäische Rat

Der Europäische Rat als Gremium der Regierungen hatte sich erstmals in seinen Schlussfolgerungen vom 12. Dezember 2019 zur Zukunftskonferenz geäußert. Allerdings nur in drei kurzen Absätzen unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“. Der Rat „ersucht den kroatischen Ratsvorsitz, an der Festlegung eines Standpunkts des Rates zu Inhalt, Umfang, Zusammensetzung und Arbeitsweise einer solchen Konferenz zu arbeiten und sich auf dieser Grundlage mit dem Europäischen Parlament und der Kommission ins Benehmen zu setzen“,

Auf Anregung von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sollte am 9. Mai 2020, dem Europatag, das Projekt Europäische Zukunftskonferenz starten. Durch die Corona-Pandemie musste der Starttermin verschoben werden. Der endgültige Beginn liegt noch immer nicht fest ...

heißt es in dem Papier. Inhaltlich will der Rat die Zukunftskonferenz auf die von ihm im Juni 2019 festgelegte strategische Agenda 2019-2024 festlegen. Aus Sicht des Rates sind damit sowohl institutionelle Fragen als auch von den Bürger*innen eingebrachte Themen unerwünscht.

Ansonsten ist dem Rat vor allem das interinstitutionelle Gleichgewicht wichtig und die Inklusion der EU-Mitgliedsländer. „Die EU-Organe und die Mitgliedstaaten, einschließlich ihrer Parlamente“, so heißt es wörtlich im Ratspapier, „sollten gemeinsam die Verantwortung tragen.“

Am 24. Juni 2020, also weit nach dem ursprünglich geplanten Starttermin der Zukunftskonferenz, wurde die unter der kroatischen Ratspräsidentschaft erarbeitete Position des EU-Rates verabschiedet. Das Positionspapier bekräftigt die am 12. Dezember 2020 formulierten Eckpunkte. Der Fokus bleibt auf die strategische Agenda des Rates ausgerichtet. Nach Ansicht der Ratsposition bietet die strategische Agenda ausreichend Spielraum, damit Bürger*innen ihre Sichtweisen zum Ausdruck bringen können.

An mehreren Stellen betont der Rat die Wichtigkeit eines Dialogs mit Bürger*innen, aber von Mitbestimmung ist nicht die Rede. Gleichzeitig wird immer wieder die Rolle der EU-Institutionen betont. So heißt es in Absatz 9 unter der Rubrik „Organisation und Funktionsweise der Konferenz“: „Die Organisation der Konferenz sollte sich auf mehrere Schlüsselprinzipien stützen: 1) Gleichheit zwischen den Institutionen auf allen Ebenen, 2) Achtung der Befugnisse jeder Institution, 3) Effizienz und Vermeidung unnötiger Bürokratie, 4) effektive Einbeziehung der Bürger.“ Die Einbeziehung der Bürger*innen steht hier an vierter Stelle, während die Punkte eins bis drei sich mit der Rolle der Institutionen befassen. Immerhin akzeptiert der Rat aber eine Beteiligung des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses.

Eine Einbeziehung von Bürger*innen und Interessenvertreter*innen soll nach Ratsvorstellung durch Debatten auf nationaler, regionaler Ebene und europäischer Ebene erfolgen. Dazu sollten mehrsprachige Internet-Plattformen und Bürgerpanels in den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden. Aber immerhin nennt das Ratspapier jetzt einige Schwerpunktthemen: 1. Nachhaltigkeit; 2. gesellschaftliche Herausforderungen; 3. Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und digitale Transformation; 4. Grundwerte, Rechte und Freiheiten; 5. internationale Rolle der EU.

Die Ergebnisse der Konferenz sollen 2022 in einem Bericht für den EU-Rat zusammengefasst werden. Debatten über Änderungen an den Europäischen Verträgen will der Rat allerdings ausschließen. Dementsprechend lautet der Abschlusssatz der Ratsposition: „Die Konferenz fällt nicht in den Anwendungsbereich von Artikel 48 EUV.“ Der Rat geriert sich damit vor allem als Besitzstandswahrer und nicht als Zukunftsgestalter.

Das Europäische Parlament

Obleich die Initiative zum Projekt der Zukunftskonferenzen nicht vom Europäischen Parlament ausging, hat sich das EP am intensivsten mit diesem Projekt befasst. Bereits am 4. Dezember 2019 hat der Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments (AFCO) eine eintägige Anhörung mit Fachleuten und Politiker*innen zu den Zukunftskonferenzen durchgeführt.

Am 15. Januar 2020 hat das EP dann eine umfassende und detaillierte Entschließung „Standpunkt des Europäischen Parlaments zur Konferenz über die Zukunft Europas“ angenommen. Diese intensive Befassung mit dem Projekt Zukunftskonferenz trägt der Rolle des Parlaments als direkt gewählter Bürger*innenkammer Rechnung.

Aus Sicht des Parlaments muss das Projekt Zukunftskonferenz als offener Prozess angelegt werden. Im Wortlaut heißt es in der Parlamentsentschließung:

4.[Das Europäische Parlament] ist der Ansicht, dass die Beteiligung der Bürger an der Konferenz so gestaltet werden sollte,

dass die Vielfalt unserer Gesellschaften umfassend abgebildet wird; ist der Ansicht, dass Konsultationen unter Nutzung der effizientesten, innovativsten und geeignetsten Plattformen einschließlich Online-Instrumenten organisiert werden und alle Teile der EU erreichen sollten, damit jeder Bürger zu Wort kommen kann, solange die Konferenz läuft; [...]

5. betont, dass es sich bei der Konferenz um einen offenen und transparenten Prozess handeln sollte, bei dem gegenüber den Bürgern und Interessenträgern ein inklusiver, partizipativer und ausgewogener Ansatz verfolgt wird; betont, dass die Einbeziehung der Bürger, der organisierten Zivilgesellschaft und einer Reihe von Interessenträgern auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene das Schlüsselement dieses innovativen und originellen Prozesses sein sollte.

Offener Prozess bedeute dabei auch, dass am Ende des auf zwei Jahre angelegten Konferenzprozesses die Möglichkeit besteht, Schlussfolgerungen zu ziehen, die auch Änderungen und Reformen der EU-Verträge umfassen und die die Zukunftskongresse in einen anschließenden Verfassungskonvent münden lassen.

Das Europaparlament hat zwei Säulen für die Konferenz vorgeschlagen. Auf der einen Seite Bürgerforen (teils auch als Agora bezeichnet) sowie Jugendforen. In ihnen sollen Vertreter*innen aller EU-Mitgliedsstaaten eingebunden sein. Die Auswahl soll nach dem Vorschlag des Parlaments nach dem Zufallsprinzip erfolgen. Laut EP-Papier sollen die Bürgerforen tatsächlich Bürgerinnen und Bürgern vorbehalten sein. „Mandatsträger, hochrangige Regierungsvertreter und Vertreter beruflicher Interessen“ sollen demnach ausdrücklich von den Bürgerforen ausgeschlossen sein.

Auf der anderen Seite sieht der Parlamentsvorschlag eine Plenarversammlung vor, in der Vertreter*innen des EP, der Kommission, des Rates, der nationalen Parlamente und Sozialpartner sitzen sollen. Die Plenarversammlung soll zweimal pro Halbjahr tagen und am Ende des Prozesses die Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Zukunftskonferenz zusammenfassen und veröffentlichen.

Ausschuss der Regionen bei der EU (AdR)

Auch der Ausschuss der Regionen hat sich mit einer Stellungnahme in die Debatte eingebracht. Der AdR fordert vor allem auch Debatten über die Zukunft der EU in Stadt- und Gemeinderäten und regionalen Parlamenten unter Einbeziehung bestehender Elemente der partizipativen Demokratie (Bürgerräte, Bürgerdialoge, etc.). Der NRW-Landtag hat in diesem Sinne am 08.09.2020 eine Resolution unter dem Titel „Die Rolle der Regionen in Europa stärken“ verabschiedet. Außerdem fordert der AdR die Einrichtung eines permanenten Bürgerdialogs innerhalb der EU. Referenzmodell dafür ist der Bürgerdialog der Deutschsprachigen Gemeinde Belgiens, der 2019 eingeführt wurde. Zudem will der AdR im Lenkungsausschuss der EU-Zukunftskonferenz vertreten sein.

Nichtregierungsorganisationen (NGOs)

Verschiedene NGOs haben sich ebenfalls in die Debatte um die EU-Zukunftskonferenz eingebracht. z. B. „Bürgerrat Demokratie e.V.“, „Democracy International“, „Mehr Demokratie e.V.“ oder „Citizens Take Over Europe“. Letztere hat am 9. Mai 2020, dem ursprünglich vorgesehenen Startdatum, aus eigener Initiative eine Online-EU-Zukunftskonferenz gestartet. Im Juni hat die NOG die deutsche Ratspräsidentschaft in einem offenen Brief aufgefordert, während ihrer Amtszeit in der zweiten Hälfte 2020 unbedingt mit dem Projekt der Zukunftskonferenz zu beginnen. Inhaltlich fordert „Citizens Take Over Europe“, die Zukunftskonferenz nach dem Modell einer durch Losverfahren zusammengesetzten irischen Citizens' Assembly zu organisieren.

Jürgen Klute ist Theologe und Europapolitiker. Von 2009 bis 2014 war er Mitglied des EU-Parlaments (Delegation DIE LINKE). Er betreibt die Internetseite europa.blog und publiziert zu europapolitischen Themen.



Foto: Sebastian Weils / OSTKREUZ

Berlin, 2020

„Ich mache mir große Sorgen um die EU“

Ulrike Guérot über das Europa der Nach-Corona-Zeit, die Europäische Republik und das Spiel mit dem Vertrauen der Bürger*innen in die EU

In Ihrem neuen Buch werfen Sie die Frage auf, wie das Europa der Nach-Corona-Zeit aussehen wird und ob es ein „back to normal“ geben wird. Wird es das geben?
Das glaube ich nicht. Denn die Frage ist doch: Was ist das Normale? Seit 1992 verfolgen wir, auch vertraglich vereinbart, das Ziel einer Ever Closer Union, an dem wir aber nie angekommen sind. Wäre das Normale also, dass wir uns an die damaligen Utopien erinnern? Oder wäre es „normal“, auf den Ist-Zustand der Vor-Corona-Zeit zurückgeworfen zu werden? Meine große Sorge ist jedoch, dass wir nach der Pandemie noch vor 1992 zurückfallen, sagen wir mal auf den Stand von 1950.

Ein Grund dafür dürfte der Rückzug von EU-Staaten ins Nationale sein. Vor zwei Jahren haben Sie gegenüber dem Europaportal die-zukunft.eu bezweifelt, dass es eine Renationalisierung in Europa gibt. Bleiben Sie dabei?

Das ist schwer zu beantworten. Eine Krise ist immer die Regression auf den letzten Status quo ante, der funktioniert hat. Das heißt, die Corona-Krise hat die Union zurückgeworfen, nicht grundsätzlich infrage gestellt. Corona hat die Schwächen der EU deutlicher denn je offenbart. Insbesondere jene, dass wir die politische Union nicht abgeschlossen haben, dass die EU noch nicht souverän ist, dass Frau von der Leyen noch nicht handeln konnte, wie sie eigentlich gemusst hätte. Daher konnten die Nationalstaaten rein grätschen, beispielsweise mit Grenzsicherungen – die übrigens nur für Bürger*innen galten und nicht für Güter oder Geld. Das ist das – bedauerliche – Level der Regression. Das Überraschende daran ist aber, dass die Bürger*innen Europas dies beklagt haben. Egal, ob sie nach Slowenien, Tschechien, Niederösterreich, Deutsch-

land gucken, das, was die Staats- und Regierungschefs da gemacht haben als Schritt der Renationalisierung, wurde überall von den Bürger*innen lautstark beklagt. Das war die Good News in diesem Prozess.

Also doch Renationalisierung, wenn auch in kleiner Dosis?

Das werden wir sehen, die Metatrends sind andere. Beispielsweise wird gerade die Digitalisierung beschleunigt, und damit letztlich die Stadt-Land-Furche vertieft. Welche sozioökonomischen Reflexe dies wiederum hervorbringt, das wissen wir noch nicht. Aber auch in der Pandemie ist Norditalien nicht Süditalien, ist der Flächenstaat Schleswig-Holstein nicht Berlin, ist die Reaktion in Paris nicht die im Ardeche usw. Corona verstärkt sozioökonomische und soziogeografische Strukturen. Und die haben mit Nationalstaatlichkeit eher wenig zu tun.

Solange letztlich der Rat, also das Gremium der Regierungen, bestimmt, wie viel Gemeinschaft in der EU steckt, wird es mit der Ever Closer Union nichts. Bei solchen Fragen wie Migration, Klimaschutz oder Finanzkrise hat der Rat meist Schritte auf europäischer Ebene gebremst oder gestoppt. Kann das „System EU“ auf die Herausforderungen, die vor Europa und global stehen, überhaupt noch reagieren?

Ich mache mir große Sorgen um die EU. Bisher, in den 70 Jahren Erzählgeschichte der europäischen Integration, war es immer die Kraft der EU, aus Krisen, in denen ein Element der Solidarität gefehlt hat, eine Chance zu machen und die Vergemeinschaftung voranzutreiben. Wir haben die Währungsschwankungen in den 1970er Jahren erlebt, da haben wir gesagt, das wollen wir nicht mehr, jetzt machen wir den



Foto: Donkhovny / CC BY-SA 4.0

Ulrike Guérot ist Professorin und Leiterin des Departments für Europapolitik und Demokratieforschung an der Donau-Universität Krems. Sie hat außerdem das European Democracy Lab (www.eudemlab.org) gegründet, ein Think Tank der sich mit der Zukunft europäischer Demokratie befasst. Ihr jüngstes Buch trägt den Titel „Nichts wird so bleiben, wie es war? Europa nach der Krise“. Mit Ulrike Guérot sprach **Uwe Sattler**.

Heute gilt es als löblich zu sagen, wir tun zwar etwas, aber strukturell darf sich nichts ändern. Aber das Lebenselixier der EU war immer die strukturelle Änderung!

Euro. Wir haben den europäischen Markt gehabt, weil wir gesehen haben, dass man ohne einen Markt nicht zusammenkommt, weil man dann ständig konkurrieren muss über das Reinheitsgebot des deutschen Bieres oder über Eiernudeln oder Nicht-Eiernudeln aus Italien. Das heißt, die Antwort auf fehlende Solidarität war immer mehr Gemeinschaft. Das ist mit Corona außer Kraft gesetzt. Heute gilt es als löblich zu sagen, wir tun zwar etwas, aber strukturell darf sich nichts ändern. Aber das Lebenselixier der EU war immer die strukturelle Änderung! Von nationalen Märkten zum Binnenmarkt, von nationalen Währungen zur gemeinsamen Währung, von nationalen Grenzen zum Schengenraum, von nationalen Universitäten zum Erasmus-Raum. Wenn wir das jetzt aus dem Blickfeld nehmen, dann gibt es keinen Schub mehr an Vergemeinschaftung, sondern einen Schub an Renationalisierung. Eine solche Regression haben wir übrigens auch schon in der Bankenkrise und der Geflüchteten-Krise beobachtet. Und wir beobachten sie jetzt zum dritten Mal in noch massiverer Form.

Sie plädieren als einen Ausweg aus diesem Dilemma für die Gründung einer Europäischen Republik. Was wäre in einer solchen Europäischen Republik anders als in der EU des heutigen Zustandes?

In einer Europäischen Republik wären alle Bürgerinnen und Bürger gleich vor dem Recht. Das ist eigentlich schon alles. Es gälte dann der allgemeine politische Gleichheitsgrundsatz, der zum Beispiel auch in der Bundesrepublik gilt, nämlich, dass von Anklam bis zum Bodensee alle Bürgerinnen und Bürger dieser Bundesrepublik gleich wären vor dem Gesetz, und zwar in allen ihren bürgerlichen Belangen wie Versammlungsfreiheit, in ihren politischen Belangen wie Wahlrecht, in ihren sozialen Rechten. Das heißt, sie sind gleich vor dem Recht, sie bekommen vom Bodensee bis Anklam das gleiche Arbeitslosengeld, das gleiche Hartz IV. In einer Europäischen Republik würde dieser Gleichheitsgrundsatz auf ganz Europa ausgedehnt, auf die europäischen Bürger*innen in ihrer Gesamtheit, sprich die 500 Millionen europäischen Bürger*innen, wie sie heute organisiert sind in der Europäischen Union. Und das würde bedeuten, dass wir eine Verschiebung haben, einen Paradigmenwechsel, hin von Union der Staaten zu einer Union der Bürger*innen, wie auch im Vertrag von Maastricht 1992 angelegt. Der hat eine Zwei-Säulen-Struktur: eine Säule Union der Staaten, eine Säule Union der Bürger*innen. In den letzten Jahren der Integration hatten wir allerdings eine massive Stärkung der Union der Staaten, das heißt, immer nur Staaten haben im Rat etwas entschieden. In einer Europäischen Republik würden europäische Bürger*innen ein Parlament wählen, one person – one vote, das dann andere Dinge parlamentarisch durchbringen könnte, als es der Rat heute tut.

Das klingt sehr abstrakt.

Ich mache es mal ganz konkret an einem Beispiel: Wir haben empirische Daten, dass ungefähr zwei Drittel der europäischen Bürger*innen, wenn sie denn nicht aggregiert befragt würden, für eine europäische Arbeitslosenversicherung wären. Wir sehen aber, dass, solange wir in einer Union der Staaten sind und die Staaten das verhandeln und nicht die Bürger*innen in einem parlamentarischen System, die Vorschläge für eine europäische Arbeitslosenrückversicherung boykottiert wurden und werden. In einer Europäischen Republik wäre das nicht möglich.

Ursula von der Leyen hatte vor ihrem Amtsantritt als EU-Kommissionspräsidentin eine Konferenz zur Zukunft der EU angekündigt, an der sowohl die Zivilgesellschaft als auch Abgesandte des Europaparlaments, der nationalen Parlamente und der nationalstaatlichen Strukturen beteiligt werden sollen. Dabei soll es darum gehen, wie die EU in einigen Jahren aussehen müsste und welche Wege es dorthin gibt. Wäre dies ein Schritt Richtung Europa der Bürgerinnen und Bürger?

Ich bin ja indirekt Teilnehmerin dieser Konferenz, weil das European Democracy Lab wiederum im Netzwerk Citizens Take Over Europe aktiv ist, das sehr engagiert Vorschläge für die Citizens'-Konferenz erarbeitet. Auch bei Anhörungen im Europaparlament und bei verschiedenen Veranstaltungen zur Zukunftskonferenz war ich beteiligt. Aber ich bin dabei trotzdem etwas bei Gramsci: Schau ich auf die Realität, dann hadere ich; schau ich auf meinen Aktivismus, dann beruhige ich mich. So ähnlich würde ich das sehen. Aber ganz konkret: Natürlich gibt es methodisch jede Menge Probleme, wer wird eigentlich eingeladen, werden Reisekosten bezahlt, gibt es auch transnationale Meetings, wie ist es mit der Verdolmetschung, und, und, und. Vor allen Dingen stört mich aber diese Reich-Arm-Strukturierung. Ich frage mich, ob wir mit solchen Konferenzen jene Klassen erreichen, die längst aus den partizipativen Prozessen herausgefallen sind. Und die Papiere, die ich sehe, stammen im Wesentlichen aus jenem Cluster, das ohnehin schon an dem Prozess dran war, Bertelsmann-Stiftung, King-Baudouin-Stiftung usw. Damit haben wir bereits wieder einen asymmetrischen Systemzugang von Playern, die eh schon in der Brüssel-Blase sind – und nicht unbedingt von meinem Cousin, der Sargschreiner in Grevenbroich ist und der von diesen Sachen noch nie gehört hat und wahrscheinlich nie hören wird. Da sehe ich ein ernsthaftes Problem.

Die Frage der Weiterentwicklung der EU wurde in der Vergangenheit in Regierungskonferenzen beraten, unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Da wäre die Zukunftskonferenz doch zumindest ein kleiner Fortschritt.

Sicher. Ich finde es sehr gut, dass mit der Zukunftskonferenz Interesse an der Entwicklung der Europäischen Union geweckt wird. Aber ich befürchte einerseits, dass die Rechten im Europaparlament die Frage stellen werden: Wieso befragt Frau von der Leyen die Bevölkerung oder die Europäer*innen, wo doch das Europäische Parlament der gewählte Repräsentant der Bevölkerung ist? Da sind wir wieder bei der Frage des Souveräns – wer ist denn Repräsentant der Europäer*innen? Sind das die per Losverfahren ausgewählten Teilnehmer*innen der Konferenz, oder sind es diejenigen, die wir in den Europawahlen ins Parlament gesetzt haben? Und zum anderen kommen wir nicht an der zentralen politiktheoretischen Frage vorbei, was in den Schlussfolgerungen steht, die wir dann in anderthalb Jahren haben werden. Und vor allem, wie mit diesen umzugehen ist.

Wenn es weitreichende strukturelle oder strategische Änderungen geben sollte, den Ruf nach Reformierung der Europäischen Verträge gar, wird sich wiederum der Rat querstellen. Da beißt sich die Katze in den Schwanz.

Der Rat hatte auf seiner Beratung im Januar 2020 die Konferenz zur Zukunft der Europäischen Union als letzten Punkt auf der Tagesordnung. Und zwar unter »Sonstiges«. Und das spricht für das, was Sie sagen. Dafür spricht übrigens auch, dass es interne Umfragen gibt unter den sogenannten Brussels Folks, also den Leuten, die in Ministerien oder in der Kommission sitzen, von denen 62 Prozent nicht an einen konstruktiven Ausgang der Zukunftskonferenz glauben. Aber wenn wir sagen, es wäre schon alles entschieden, dann können wir natürlich einpacken. Dann ist alles, was wir irgendwann mal mit Bürger*innen-Union, politischer Union, Demokratisierung Europas, Parlamentarisierung Europas verbunden haben, im Karton.

Wir sehen doch, dass die Bürger*innen gerne sehr viel mehr von Europa hätten. Die Arbeitslosenversicherung war nur ein Beispiel, ich könnte auch das europäische Grundeinkommen nennen oder die europäische Finanztransaktionssteuer, was auch immer. Jedenfalls mehr als „nur“ Klimaziele. Der Punkt aber ist, wenn das dann aber am Ende aufgeschrieben und wieder vergessen wird, weil sich der Rat darum überhaupt nicht schert, dann haben wir jedes Vertrauen der Bürger*innen in Europa, in die EU verspielt.



Foto: Jean-Ayissi / AFP

Paris, 2006

In einer Reihe von Online-Seminaren, organisiert von der Linksfraktion THE LEFT im Europäischen Parlament und dem Büro Brüssel der Rosa-Luxemburg-Stiftung, haben sich progressive Kräfte mit Themen der Zukunftskonferenz beschäftigt. Die Texte dokumentieren die Diskussionsrunden. In den kommenden Wochen sind weitere Veranstaltungen geplant. Informationen und Berichte dazu finden sich auf der Europaplattform www.die-zukunft.eu.

Das Schicksal der EU entscheidet sich beim Thema Asyl

Migration und Asylpolitik standen im Mittelpunkt der Auftaktveranstaltung zur Online-Reihe „Zukunft Europa“. **Von Monika Hoegen**

Die wichtigste Erkenntnis des Abends vorneweg: An der Asylpolitik wird sich auch das Schicksal Europas entscheiden. Darin jedenfalls waren sich die Referent*innen der Auftaktdebatte zum neuen Diskussionsforum Zukunft Europa einig. Helmut Scholz, Europaabgeordneter (DIE LINKE) und Initiator der Veranstaltungsreihe, fand gleich zu Anfang deutliche Worte: „Beim Thema Asyl wird das Versagen der Europäischen Union seit Jahr und Tag am deutlichsten.“ Fraktionskollegin Cornelia Ernst bekräftigte: „Wer nach einem Bild für menschliches Elend sucht, der findet es im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos.“ Und Maria Oshana, Büroleiterin des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Athen, zeigte sich erschüttert darüber, dass in Griechenland und anderen sogenannten Flüchtlings-„Hotspots“, zivilgesellschaftliche Akteur*innen die Aufgaben erledigen, „die eigentlich die Staaten übernehmen müssen“, und zu denen diese sich auch vertraglich verpflichtet hätten. Dem neuen EU-Migrationspakt, von der Kommission am 23. September als „frischer Neuanfang“ präsentiert, erteilten alle Diskutant*innen eine klare Absage.

Zum Auftakt der Diskussion ging Helmut Scholz, der auch Mitglied im Parlamentsausschuss für konstitutionelle Fragen ist, zunächst auf die Gesamtlage der EU ein. Diese brauche eine komplett neue Governance und eine neue vertragliche Basis zwischen den Mitgliedstaaten. Die Frage sei jedoch, wie eine solche, zukunftsfähige Governance aussehen müsse und welche Reformen beziehungsweise Vertragsänderungen „an-

nehmbar für die Menschen“ seien. In dieser Frage, so räumte Scholz ein, seien sich auch die Linken untereinander nicht immer einig. Mit Blick auf das Hauptthema Asyl verwies Scholz auf den Lissabonner Vertrag von 2009, der die EU institutionell reformieren und demokratischer machen sollte. In Artikel 67 wurde damals die baldige Entwicklung und Umsetzung einer gemeinsamen und solidarischen EU-Asylpolitik festgeschrieben. Scholz: „Da kann man nur sagen: Note 5. Völlig verfehlt.“

Bündnis gegen den Migrationspakt

Cornelia Ernst sieht das genauso. Der neue Migrationspakt hebe die Missstände dieser verfehlten Asyl- und Flüchtlingspolitik nicht auf. Ernst: „Wir müssen uns daher mit allen verbünden, die gegen den Pakt kämpfen.“ Dazu sei auch eine enge Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Nichtregierungsorganisationen, wie zum Beispiel Sea Watch, nötig. Eine digitale Plattform für dauerhaften Informationsaustausch ist nach ihren Worten bereits im Aufbau. Ernst, die unter anderem Mitglied im EU-Parlamentsausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ist, begründet ihre Ablehnung des Migrationspaktes damit, dass dieser weiterhin auf drei – aus ihrer Sicht – fragwürdigen Säulen stehe: 1. die Kooperation mit Drittstaaten für die Rückführung von Geflüchteten (diese Staaten seien keineswegs so sicher, wie von der EU behauptet), 2. die Stärkung von Grenzabwehr-Einrichtungen, wie Frontex und 3. „eine Regelung zur Rückführung der Geflüchteten, die dann noch irgendwie übrig

bleiben“. Damit sei auch der neue Pakt insgesamt auf Abwehr und Abbau von Rechten ausgerichtet. Forderung der Linken, so Ernst weiter, müsse es sein, die Asylatbestände nicht immer weiter abzubauen, sondern zu schützen. Ferner müsse die Praxis, in der Flüchtlingspolitik „alles zu tun, was der Nationalismus eines Mitgliedstaates gebietet“, beendet werden. Wer sich seiner gemeinsamen Verantwortung bei der Migration entziehe, „der soll nicht auch noch mit Geld belohnt werden“. Die Dublin-Verordnung, die seit 2013 bereits in dritter Fassung existiert, ist nach Ansicht von Ernst gescheitert. Mit diesem Übereinkommen soll geregelt werden, welcher EU-Mitgliedstaat für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen gestellten Antrags auf Schutz und Asyl zuständig ist. Ziel dabei ist es, Anträge nur von einem Staat prüfen zu lassen. Außerdem solle kein Mitgliedstaat überlastet werden. Ernst: „Da komme ich aber aus dem Lachen nicht mehr heraus.“ Tatsächlich sei von europäischer Solidarität in dieser Frage nichts zu spüren – auch nicht zwischen den EU-Gremien. Der Rat torpediere die Beschlüsse des Parlaments. Deshalb, so Ernst „brauchen wir ein starkes Parlament“, das die alleinige Hoheit über das betreffende Haushaltsbudget habe.

Weiterhin fordert die Europapolitikerin einen verbindlichen Verteilungsmechanismus mit klarem Kriterienkatalog, besondere Regeln für extrem schutzbedürftige Geflüchtete wie Minderjährige oder Traumatisierte, sichere Wege nach Europa, die Erleichterung legaler Arbeitsmigration (Ernst: „Dazu gibt es von der Kommission keinen einzigen Vorschlag“) und insgesamt eine „humanitäre Vision“ als Grundlage der Asylpolitik.

„Schleichende Entrechtung und Willkür“

Maria Oshana aus dem Athener RLS-Büro schilderte ihre konkreten Erfahrungen mit der Flüchtlingspolitik vor Ort. Dort übernehmen inzwischen zivilgesellschaftliche Akteure die Aufgabe des Staates – und kümmern sich darum, dass diese „wenigstens minimal versorgt“ seien. So wachse der Widerspruch zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft in Griechenland. Die Regierung stehe hinter dem neuen Migrationspakt, denn der Krisenmechanismus, den das Land gefordert habe, um die Aufnahme weiterer Geflüchteter (etwa von der Türkei herübergelassen) zu stoppen, sei ja darin enthalten. Oshana selbst erkennt in dem Pakt „wenig Neues“. Dort sei vielmehr in Text gegossen worden, was zuvor schon praktiziert wurde. Oshanas Urteil: „Das ist die Fortsetzung der Willkür.“ Als Beispiel nannte sie das Recht auf Familienzusammenfüh-

rung in Deutschland, das Tausende Menschen in Griechenland theoretisch besäßen. Dieses sei immer mehr begrenzt und dann 2017 ganz ausgesetzt worden – eine „schleichende Entrechtung“, wie Oshana das nennt.

Ein zweites Beispiel ist nach ihrer Meinung die Seenotrettung. Es könne nicht sein, dass bei jedem Schiff neu über Zuständigkeiten verhandelt werden muss, obwohl diese eigentlich auf dem Papier klar seien. Nach Oshanas Einschätzung hat Griechenland „keine wirkliche Migrationspolitik“ oder ein ausformuliertes Migrationsrecht. Verständnis hingegen zeigte sie für die Perspektive der Griechen, wonach einige EU-Mitgliedstaaten, zum Beispiel Frankreich und Deutschland, das Problem externalisieren und auf Länder an den EU-Außengrenzen abwälzen.

Marie Naass von Sea Watch Berlin reihte sich in die Kritik am neuen Migrationspakt ein – mit ebenfalls klaren Worten. Mit dem Pakt werde die „rassistische Abschottungspolitik der EU auf eine neue Stufe gestellt“. Der Pakt schaffe de facto das Recht auf Asyl ab und koste Menschenleben. Sie beklagte auch, dass Organisationen wie Sea Watch immer mehr kriminalisiert würden. „Das ist jedoch nur eine Ablenkung vom Versagen der EU Flüchtlingspolitik.“

In der anschließenden allgemeinen Diskussion wurden nochmals einzelne Aspekte eingehender beleuchtet. So wies Maria Oshana auf den Vorschlag der Politikwissenschaftlerin und Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance, Gesine Schwan, hin, wonach Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen, finanzielle Zuwendung – nicht nur für die Unterbringung dieser Menschen, sondern für die Kommune selbst zur Förderung der Integration – erhalten sollten. Cornelia Ernst zeigte sich skeptisch: Viele Kommunen würden wohl trotz solcher Anreize keine weiteren Geflüchteten willkommen heißen. Und auch Oshana selbst räumte ein, dass mit finanziellen Zuwendungen auch immer eine Kontrolle über deren Verwendung einhergehen müsse. Oshana: „Die griechische Regierung zum Beispiel ist ja bereit, Geflüchtete aufzunehmen, aber sie hält die Mindeststandards für deren Behandlung, Unterbringung und Versorgung nicht ein.“ Und so seien etliche Milliarden, die Griechenland zu diesem Zweck erhalten habe, letztlich „mit keinem Cent“ in die Migration geflossen.

Wie kommt man an alle Bürger*innen heran?

Zum Schluss der Debatte betonten alle Redner*innen noch einmal die Wichtigkeit künftiger Dialogforen mit den Bürger*innen zur Zukunft Europas. Allerdings sei die Frage, wie man überhaupt an diese Bürger*innen und die mannigfaltigen Stakeholder herankomme, nicht einfach zu beantworten. Maria Oshana schlug vor, dass in dem jetzt von der europäischen Linken organisierten Zukunftsforum künftig Akteur*innen aus unterschiedlichen EU-Ländern zu Wort kommen sollten, um eine verengte deutsche Perspektive zu vermeiden. Zudem wies sie darauf hin, dass viele Menschen, die in der EU leben, gar keine gleichwertigen Rechte als EU-Bürger*innen haben – inklusive der Geflüchteten. Gerade sie müssten aber vom Zukunftsdialog mitgenommen werden. Auch Helmut Scholz betonte abschließend noch einmal, dass wirklich mit allen diskutiert werden müsse, Nichtregierungsorganisationen wie die Seenot-Retter*innen und Migrant*innen eingeschlossen. Allerdings plädierte er auch dafür, den Dialog nicht zu überfrachten. Ein wichtiges Fazit des Abends zog Cornelia Ernst: „Die Zukunft der EU muss man mit der Zukunft der Asylfrage verbinden.“

Ein bisschen offen blieb indes, wie die europäische Linke nicht nur ihren eigenen Zukunftsdialog weiter gestalten will, welche praktischen Vorschläge sie in Richtung von der Leyen für deren geplante EU-Zukunftskonferenz hat. Zudem mangelte es bei dieser Auftaktveranstaltung – noch – ein wenig an externer Beteiligung. Doch die Organisator*innen hoffen, dass sich das in den nächsten Runden ändert, sobald die neue Reihe ein bisschen bekannter geworden ist.

Monika Hoegen ist Journalistin, PR-Coach und Moderatorin in Brüssel.

Kernthesen und Forderungen im Überblick:

Helmut Scholz:

- Ohne Vertragsänderung und neue Governance gibt es für die EU keine Zukunft.
- Wir müssen herausfinden, welche Vertragsänderungen für die Menschen annehmbar sind.
- Ein inklusiver Dialogprozess zur Zukunft der EU mit unterschiedlichen Gruppen, inklusive Geflüchteter oder z.B. Seenot-Retter*innen muss, so oder so, stattfinden – auch unabhängig von der Asylfrage.

Cornelia Ernst:

- Der neue Pakt für Migration und Asyl hebt die Missstände in der europäischen Flüchtlingspolitik nicht auf.
- Flüchtlings-Hotspots in Italien und Griechenland müssen aufgelöst werden.
- Asylatbestände müssen geschützt und nicht abgebaut werden.
- Legale Arbeitsmigration muss erleichtert werden.
- Wir brauchen ein starkes EU-Parlament in der Asylfrage.

Maria Oshana:

- Es gibt keine harmonisierte Asylpolitik in der EU, nur eine harmonisierte Abwehrpolitik.
- Beim Thema Familienzusammenführung für Flüchtlinge gibt es seit 2017 eine schleichende Entrechtung.
- Aus griechischer Sicht wird die Flüchtlings- und Asylpolitik von z.B. Deutschland und Frankreich externalisiert und an die EU-Außengrenzen verlagert.
- Viele, die in der EU leben, sind keine wahlberechtigten EU-Bürger*innen. Gerade diese müssen aber auch in jeden künftigen EU-Zukunftsdialog eingebunden sein. Darauf muss die Linke achten.



Foto: Rene Volfik / AFP

Prag, 2019

Ein Green Deal geht nur mit globaler Gerechtigkeit

Klimakrise und Green & Social New Deal – das zweite Event im Rahmen der Online-Reihe „Zukunft Europa“. **Von Monika Hoegen**

Die Klimakrise und der europäische Green Deal – das sind an sich schon komplexe Themen. Nimmt man dabei noch die ganze Welt in den Blick, wird es erst recht kompliziert. Das wurde während der zweiten Diskussionsrunde „Zukunft Europa“ mehr als deutlich, die einen weiten Bogen zu spannen versuchte – von den aktuellen EU-Klimabeschlüssen und der Bewertung der europäischen Agrar- und Handelspolitik unter Umwelt- und Klimagesichtspunkten über mehr technische, aber dennoch kontroverse Details (wie den Einsatz von Wasserstoff) bis hin zur ganz großen Frage, wie ein global gerechter Green Deal und Klimaschutz denn auszusehen habe.

Zum Auftakt der Diskussion ging Helmut Scholz (MEP Die Linke), der auch stellvertretendes Mitglied im Parlamentsausschuss für konstitutionelle Fragen ist, nochmals kurz auf den Hintergrund der Online-Reihe „Zukunft Europa“ ein. „Wir wollen einfach nicht warten, bis die EU einen offiziellen Startschuss für die Zukunftsdebatte gibt“, so Scholz. Dabei gehe es allerdings nicht darum, das EU-Gefüge als solches komplett zu verändern, sondern herauszufinden, welche Vertragsveränderungen nötig sind, um die drängenden Probleme und Ansätze, darunter eben auch Klimaschutz und Green New Deal, erfolg-

reich in Angriff zu nehmen. Denn da liegt derzeit noch Einiges im Argen. Darauf verwies Scholz' Parteikollegin Gabi Zimmer, Europa-Abgeordnete von 2004 bis 2019: „Die Kritik am European Green Deal reißt nicht ab“, so Zimmer. Nur wenige hielten diesen Ansatz für „einen großen Wurf“, stattdessen gelte es, hier sehr viel nachzubessern. Besonders, wenn der Green Deal global wirken solle, dann müsse er noch viel mehr auf die Prinzipien Solidarität, Gleichheit und Frieden ausgerichtet sein.

EU-Parlament muss verschärftes Klimaziel verteidigen

Um zumindest an diesem Abend den Bogen von der europäischen zur globalen Ebene erfolgreich zu spannen, repräsentierten die beiden eingeladenen Referent*innen – Harpreet Kaur Paul, Menschenrechtsanwältin und Expertin für Klimagerechtigkeit, und Michael Efler, Sprecher für Energie- und Klimapolitik und Demokratie, Linksfraktion im Abgeordnetenhaus Berlin – sozusagen beide Seiten der Medaille. Entsprechend widmete sich Michael Efler zunächst den europäischen Beschlüssen. Die aktuelle Forderung, das Klimaziel noch zu verschärfen und eine Reduzierung der Emissionen um 60 Prozent bis zum Jahre 2030 anzustreben, sei grundsätzlich



Foto: Angelos Tzortzinis / AFP

Athen, 2020

ein Schritt in die richtige Richtung, so Efler. Allerdings nur, wenn das EU-Parlament jetzt für die Durchsetzung dieses Zieles kämpfe – auch gegen mögliche Widerstände aus den Mitgliedstaaten „und falls der Ministerrat das nochmal zurückdrehen will“. Gelängen die 60 Prozent, wäre das jedoch ein erheblicher Sprung angesichts der Tatsache, dass bislang nur 23 Prozent an Einsparung erreicht wurden. Das Ziel, bis zum Jahr 2050 Klimaneutralität zu erreichen, hält Efler hingegen für „gerade noch so“ rechtzeitig. Positiv bewertete er wiederum den Ansatz, der Energie-Effizienz und Verbrauchsreduktion Vorrang vor technischen Lösungen einzuräumen. Falsch sei aber, dass Subventionen für Erdgas noch für eine gewisse Zeit ermöglicht werden. Wie auch insgesamt die Verlagerung auf Erdgas-Energie nach Eflers Ansicht keine Zukunftsoption ist. Und beim Wasserstoff müsse darauf geachtet werden, dass dieser nur gezielt eingesetzt wird.

„Beim Geld genauer hinschauen“

Auch mit Blick aufs Geld, das für den Klimaschutz bereitgestellt wird, zeigte sich Efler eher skeptisch: „Eine Billion Euro, das hört sich erst mal toll an. Doch wenn man genauer hinschaut, erkennt man, dass das für 10 Jahre gedacht und überdies nicht klar ist, aus welchen Quellen das kommen soll.“ Tatsächlich brauche die globale Herausforderung einen erheblich höheren Mitteleinsatz. 275 Millionen Euro würden allein für energiesparende Gebäudesanierung benötigt. Und für die Transformation des öffentlichen Verkehrs sowie für die soziale Abfederung der Klimaschutz-Maßnahmen, etwa in Osteuropa, würden beträchtliche Mittel benötigt. Eher vernichtend fällt das Urteil Eflers aus, wenn es darum geht, wie glaubwürdig die EU ihre Green-Deal-Ziele in konkrete Politik umsetzt. „Die Ag-

rarreform ist in dieser Hinsicht eine Enttäuschung. Hier wurden Spielräume nicht genutzt“, so Efler. Ähnliches drohe nun auch bei der Handelspolitik zu passieren. Das EU-Mercosur-Abkommen jedenfalls werde dem Green Deal überhaupt nicht gerecht. Eine Meinung, die im Übrigen auch Ko-Referentin Harpreet K. Paul vertrat.

Unabdingbarer Idealismus

Die begann ihre anschließenden Ausführungen mit einer klaren Ansage: „Ich komme jetzt wohl für Sie eher von der idealistischen Seite daher“, so die Menschenrechtsanwältin. Doch Solidarität, Gerechtigkeit und Gleichheit zu gewährleisten, sei nun mal unabdingbar. Paul: „Der Green Deal muss global werden.“ Kurzfristige Maßnahmen reichten nicht, um der „planetarischen Herausforderung“ gerecht zu werden. Dass die absolut Armen, also nach offizieller Definition die Menschen, die mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag auskommen müssen, besonders vom Klimawandel betroffen, aber ihrerseits nur für 10 Prozent der durch Konsum erzeugten Emissionen verantwortlich sind, müsse immer wieder betont werden. Die Forderungen Pauls sind daher klar:

- Stopp der Förderung von Industrien mit hohem Kohlendioxid-Ausstoß
- Umstrukturierung der Handelspolitik und keine Handels- und Investment-Abkommen mehr, die „auf dem Umweltauge blind“ sind.

Ein wahrer Green Deal müsse zudem noch viele weitere Faktoren globaler Gerechtigkeit, wie etwa die Situation der Geflüchteten, in den Blick nehmen.

Michael Efler sprach sich daraufhin ebenfalls dafür aus, „die globale Sicht immer mitzudenken“. Das müsse auch institu-

tionell verankert werden. Als Beispiel nannte er die Forderung der Bewegung Ende Gelände, in die sogenannte Kohlekommission auch Betroffene aus Ländern des Globalen Südens mit aufzunehmen und anzuhören. Efler: „Das wurde letztlich nicht gemacht, wäre aber ein guter Schritt gewesen.“ Paul zeigte sich da jedoch eher ein wenig skeptisch. Zwar sei auch sie immer für Partizipation, doch letztendlich müsse die Umorientierung der Klimapolitik systematisch und nicht nur durch einzelne Beteiligungen erfolgen. Bisher gebe es zu dem Thema, welche Verluste und Schäden durch den Klimawandel und die Emissionen des Nordens angerichtet würden, noch viel zu wenig Debatten. Stattdessen würde die Anpassung des Globalen Südens an den Klimawandel in den Vordergrund gestellt. Paul nannte das Beispiel Mosambiks – dort richtete ein Sturm im vergangenen Jahr massive Schäden unter anderem in der Stadt Beira an – einer Stadt mit so vielen Einwohner*innen wie Manchester. Dies zeige das Ausmaß der Verwüstungen vielerorts.

In der anschließenden Debatte kristallisierten sich folgende Schwerpunkte heraus:

- Mit Begrifflichkeiten muss sauber umgegangen werden. Der European Green Deal ist nicht das Gleiche wie der Green New Deal, d. h. ein Konzept, das von linken und grünen Organisationen und Bewegungen befürwortet wird und auf eine sozial-ökologische Transformation abzielt. Hier habe sich die EU-Kommission geschickt drangehängt, bemerkte eine Teilnehmerin, doch beides müsse deutlich unterschieden werden. Damit nahm sie indirekt Bezug auf den Titel des Abends, wonach es ja auch darum gehen soll, zu einem „Red“ & Green New Deal zu kommen.
- Das Thema Gerechtigkeit muss einen zentralen Stellenwert einnehmen. So sei zu hinterfragen, wer eigentlich warum Subventionen bekomme. So hätten mit Blick auf die Covid-19-Krise vor allem die Luftfahrt- und Automobilindustrie enorme finanzielle Hilfen erhalten – und das, obwohl letztere über rund 180 Milliarden Euro an Rücklagen verfüge.
- Die Frage nach der Gerechtigkeit mache allerdings auch Dilemmata deutlich. Globale Gerechtigkeit beim Klimaschutz sei nur durch Verzicht zu erreichen, so ein Teilnehmer. Das könnten sich aber selbst in den reicheren Teilen der Welt nicht alle Menschen gleichermaßen leisten. „Auch dort leben viele in prekären Verhältnissen.“

Darüber hinaus ist der Begriff der Klimagerechtigkeit (Climate Justice) nicht selbsterklärend. Es muss deutlich kommuniziert werden, dass hier noch viel weitergehende Aspekte, wie Flucht wegen der Auswirkungen der Klimakrise oder auch Entmilitarisierung mit hineinspielen, wie eine Teilnehmerin betonte.

Es muss daher vor allem auch um die Frage gehen, wie die demokratische Mitsprache in der (EU)-Klimapolitik voranzubringen ist. Helmut Scholz: „Was bieten die Verträge da an? Reicht das aus? Wo müssen wir nachbessern?“ Und mit Blick auf afrikanische Staaten sei zu hinterfragen, ob die EU ihnen überhaupt die Möglichkeit gibt, klimafreundlicher zu agieren – indem sie etwa eine eigene Kreislaufwirtschaft aufbauen könnten. Scholz: „Hier müsste die EU als Gestalterin auftreten. Aber das sehe ich nicht.“

Bei der Forderung nach strukturellen Veränderungen auf EU-Ebene im Sinne einer demokratischeren Klimapolitik zeigte sich zum Abschluss Michael Efler eher skeptisch. „Wir wissen alle, dass solche Veränderungen am allerschwierigsten zu erreichen sind.“ Energiepartnerschaften mit dem Globalen Süden bewertete er ebenfalls kritisch – zumindest solange sie nur der Energieversorgung des Nordens dienen. Efler: „Wir müssen erst mal dafür sorgen, dass die Leute vor Ort selbst ans Stromnetz angeschlossen sind.“ Harpreet K. Paul bekräftigte nochmals ihre Forderung nach einer Globalisierung des Green Deals sowie nach einer konsequenten Umorientierung der europäischen Handelspolitik. Eine genaue Analyse des Kapitels zur nachhaltigen Entwicklung im Mercosur-Abkommen jedenfalls ergebe, dass dieses nun wirklich nicht „fit for purpose“ sei.

Wie bringen wir denn nun den EU Green Deal und globale Forderungen zusammen?

Diese Frage, so Moderatorin Gabi Zimmer abschließend, lasse sich nur Schritt für Schritt beantworten. Die Diskussion darüber ende daher auch nicht an diesem Abend, sondern müsse in jedem Fall weitergeführt werden. Zimmer: „Wir stehen vor einer kolossalen Aufgabe.“

Kernthesen und Forderungen

Michael Efler:

- Die geplante Verschärfung der europäischen Klimaziele ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber nur, wenn das vom EU-Parlament auch kämpferisch verteidigt wird.
- Der EU-Beschluss, bis 2050 Klimaneutralität zu erzielen, kommt „gerade noch rechtzeitig“.
- Energieeffizienz muss Vorrang haben vor technischen Lösungen.
- Wir brauchen für die globalen Herausforderungen beim Kampf gegen den Klimawandel erheblich mehr finanziellen Mitteleinsatz als vorgesehen.
- Der EU mangelt es an Glaubwürdigkeit: Bei der Agrarreform und der Handelspolitik ist vom Green Deal nicht viel zu spüren.
- Die globale Sicht auf den Klimaschutz muss institutionell verankert werden.
- Eine Energiepartnerschaft mit dem Globalen Süden müsste zuallererst die Energieversorgung der Menschen dort verbessern.

Harpreet K. Paul:

- Der Green New Deal muss die Aspekte Solidarität und Gleichheit berücksichtigen, um global zu sein.
- Eine Reduktion um 50 Prozent bis 2030 reicht nicht aus.
- Die EU-Kommission muss ehrgeizigere Ziele propagieren.
- Es braucht auch mehr Gleichheit bei den Ländern des Globalen Südens untereinander.
- Die Förderung der Industrien mit dem höchsten Kohlendioxid-Ausstoß muss aufhören.
- Der Green Deal muss global gestaltet werden – auf systematische Weise.

Kernpunkte der Diskussion:

- Es muss auf Begrifflichkeit geachtet werden: European Green Deal ist nicht das Gleiche wie ein sozial-ökologisch transformativer Red & Green New Deal.
- Gerechtigkeit im globalen Maßstab ist ein Ideal, bedeutet aber auch Verzicht, den nicht jeder leisten kann.
- Für mehr demokratische Mitsprache in der Klimapolitik braucht es strukturelle Veränderungen in der EU – und die sind am schwersten voranzubringen.

Eine global gestärkte EU als Friedensbewahrerin

Das dritte Event im Rahmen der Online-Reihe „Zukunft Europa“ beschäftigte sich mit Europas Rolle in der Welt. **Von Monika Hoegen**

Wenn es ums globale Ganze geht, besteht schnell die Gefahr, sich in zahlreiche Richtungen zu verlieren. Könnte man meinen. Dass jedoch auch bei einem zunächst sehr breit gefassten Thema konkrete Erkenntnisse herauskommen können, bewies die dritte Veranstaltung in der Reihe „Zukunft Europa“ mit dem Titel: „Die EU als globale Akteurin – aber welche?“. Petra Erler, Europaexpertin und ehemalige Kabinettschefin in der EU-Kommission, Georgios Katrougalos, Mitglied des griechischen Parlaments und ehemaliger griechischer Außenminister, sowie Laëtitia Sédou, EU-Programmkoordinatorin des Europäischen Netzwerkes gegen den Waffenhandel, diskutierten darüber, welche Folgen eine gestärkte außenpolitische Souveränität der EU nicht nur für Europa selbst, sondern für die Welt haben könnte.

Viele fordern, dass die EU autonomer werden soll. Aber was ist genau damit gemeint? Diese Frage stellte Moderatorin Gabi Zimmer, ehemalige Fraktionsvorsitzende der GUE/NGL, an den Anfang der Debatte. Zudem sei zu hinterfragen, welche alternativen Vorstellungen die europäische Linke von der „globalen Akteurin“ EU habe.

Eine erste Antwort darauf gab Laëtitia Sédou, EU-Programmkoordinatorin des Europäischen Netzwerkes gegen den Waffenhandel. Der Ruf nach einer geeinten europäischen Verteidigungspolitik und der finanziellen Stärkung des militärischen

Komplexes befördere nur den weltweiten Rüstungswettlauf, so Sédou. Als Alternative komme daher nur ein Wandel im sicherheitspolitischen Narrativ der EU in Frage. Sédou: „Es geht nicht um regionale und territoriale, sondern um eine humanitäre Sicherheit („Human Security“ Anm. d. Red). Eine, die das Wohl der Menschen in den Vordergrund stellt.“ Das gelte im Übrigen nicht nur für die EU. Die Aktivistin gegen den Waffenhandel fordert eine „radikal neue“ Weltordnung, die dazu beiträgt, wirkliche Konfliktsachen zu lösen – allen voran Armut und Ungleichheit.

Sicherheit neu denken

In diesem Punkt bestärkte Gabi Zimmer die Referentin Sédou. Auch sie sprach sich für ein „anderes Sicherheitsdenken“ aus, das den gerechten Zugang zu Ressourcen und die Abwesenheit von Not und der Angst davor in den Vordergrund stelle. Dem fügte im weiteren Verlauf der Debatte Petra Erler, Europaexpertin und ehemalige Kabinettschefin in der EU-Kommission, noch einen ganz aktuellen Punkt hinzu: „Ein Virus hat uns gezeigt, dass alle Szenarien unserer Außenpolitiker in der Vergangenheit falsch waren“, so Erler, „nicht andere Staaten, wie China oder Russland, sind eine Bedrohung für die EU, sondern menschengemachte Probleme.“ Schließlich, so Erler weiter, sei die Entstehung des Virus unter anderem auf massive Umweltschädigungen zurückzuführen. Wenn man jetzt über Sicherheit diskutiere, sei es ratsam, sich an Noam Chomsky zu orientieren – dass es im 21. Jahrhundert darum geht, das Überleben der Menschheit überhaupt zu sichern. Erler: „Wie retten wir uns angesichts globaler Probleme, wie etwa dem Klimawandel, gemeinsam? Das und nur das muss Ausgangspunkt aller künftigen internationalen Beziehungen werden.“

Georgios Katrougalos, Mitglied des griechischen Parlaments und ehemaliger griechischer Außenminister, verwies darauf, dass die EU vielfach zwar als „global payer“, nicht aber als „global player“ wahrgenommen werde. Die Frage, ob „wir als Linke aber überhaupt eine autonomere globale Akteurin EU wollen“, könne er für sich jedenfalls bejahen. Denn nur eine außenpolitisch gestärkte EU bilde das nötige Gegengewicht in einer polyzentrischen Welt, um Frieden, Multilateralismus, Menschenrechte, Klimaschutz und eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung zu stärken. Davon allerdings sei man in Europa noch weit entfernt, wo oft die divergierenden nationalen Interessen der Mitgliedsstaaten dominieren. Katrougalos: „In vielen Fällen handelt die EU in internationalen Fragen nach dem Motto: Folgen wir mal den USA.“ Als Beispiel nannte er die Reaktion auf die politischen Vorgänge in Venezuela oder im Iran. „Jedes Mal war die EU zu schwach, hier eigene Positionen zu entwickeln.“ Anders als etwa seine Vorrednerin Sédou sprach sich Katrougalos auch für ein eigenes, europäisches Verteidigungsbündnis, abseits der Nato, aus. Denn letztere werde den grundlegenden europäischen Interessen nicht (mehr) gerecht, so Katrougalos. „Die Nato ist ein Relikt des Kalten Krieges.“ Die Frage allerdings sei, wie ein solches europäisches Verteidigungsbündnis aussehen müsse, um zum Beispiel auch den Mittelmeer-Anrainer-Staaten gerecht zu werden: „Die kolo-

Kernthesen und Forderungen

Laëtitia Sédou:

- Ein eigener, starker EU-Verteidigungshaushalt befördert den weltweiten Rüstungswettlauf.
- Statt dessen braucht die EU beim Thema Sicherheit ein neues Narrativ. Es muss um menschliche Sicherheit gehen – nicht um regionale oder militärische Absicherung.
- Ebenso nötig ist eine neue Weltordnung, die dazu beiträgt, die wirklichen Konfliktsachen – darunter Armut und Ungleichheit – zu bekämpfen.

Georgios Katrougalos:

- Die EU wird eher als „global payer“ wahrgenommen statt als „global player“.
- Sie folgt in ihrem politischen Handeln zu oft den USA oder ist zu schwach, um selbst einen Unterschied zu machen.
- Es ist nötig, die Rolle der EU als autonome globale Akteurin zu stärken – auch als Gegengewicht zu widersprüchlichen und inkohärenten Nationalinteressen der europäischen Mitgliedstaaten.
- Eine unabhängige europäische Verteidigungspolitik abseits der NATO ist notwendig.
- Europa als „global player“ muss für eine institutionelle Demokratisierung sorgen und sich für Frieden, Multilateralismus, Menschenrechte, Klimaschutz und eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung stark machen.

Petra Erler:

- Wir müssen unterscheiden zwischen der globalen Rolle der EU und einer EU als souveräner außenpolitischer Akteur.
- Den Auftrag, das „gemeinsame Haus Europa“ zu bauen, hat die EU bisher nicht erfüllt. Sie löst ihren kontinentalen Friedensauftrag nicht ein.
- Im 21. Jahrhundert muss die Menschheit zusammenarbeiten, oder sie wird sich als Zivilisation vernichten.
- Durch den Brexit ist die außenpolitische Bedeutung der EU geschrumpft.
- Außenpolitische Souveränität erlangt die EU nur, wenn sie als Friedensbewahrerin im Sinne der UN-Charta wirkt. Ob sich das verwirklichen lässt, ist fraglich.



Foto: Attila Kisbenedek / AFP

Budapest, 2017

nialistische Idee vom Mare Nostrum kann man da auch nicht mehr aufrecht halten.“

Das gemeinsame Haus noch nicht gebaut

Petra Erler wies anschließend darauf hin, dass bei der Debatte um die globale Zukunft Europas zwischen der globalen Rolle der EU einerseits – „die hatte sie schon immer“ – und der EU als einem souveränen außenpolitischen Akteur andererseits klar unterschieden werden müsse. Erler erinnerte auch an die Charta von Paris von 1990 – in der sich die europäischen Staaten verpflichtet hatten, eine nach der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Wegfall der Ost-West-Konfrontation neue friedliche Ordnung – das so genannte gemeinsame Haus Europa – zu erschaffen. Erler: „Dieser Auftrag ist bis heute nicht erfüllt.“ Und in der Öffentlichkeit werde kaum daran erinnert. Heutzutage, so Erler weiter, versteht sich die EU vor allem als „ein Wirtschafts- und keineswegs als ein kontinentales Friedensprojekt“. So gesehen, halte sie es für richtig, dass die EU sich „emanzipiert“. Die Frage aber sei, wie. Die Antwort ist für Erler klar: „Frieden in Europa und weltweit zu stiften und zu bewahren, ganz im Sinne der UN-Charta, muss das oberste Prinzip werden.“ Dazu braucht die EU kein eigenes Verteidigungsbündnis, sondern Kooperationsfähigkeit und die Bereitschaft zur friedlichen Konfliktregulierung. Praktisch steuere die EU jedoch in eine andere Richtung. Bereits in der Vergangenheit habe es völkerrechtswidrige Einsätze von EU-Staaten, etwa in Syrien und Libyen, gegeben. Und die Vorstellung, dass

sich irgendwann noch mehr Militärbündnisse gegenüberstehen, „ist für mich ein Albtraum“, so Erler.

Ob sich eine globale Akteurin EU allerdings tatsächlich als Friedensbewahrerin und etwa auch Vorkämpferin gegen den Waffenhandel realisieren lasse, da zeigte sich Laëtitia Sédou ebenfalls skeptisch. Dem stehen nach ihrer Meinung zu viele nationale Interessen „und vor allem das Selbstverständnis Frankreichs als Nuklearmacht“ entgegen.

Neue globale Rolle Europas mitgestalten

In der anschließenden Diskussionsrunde mit dem Publikum ging es jedoch auch darum, die Debatte um eine in ihrer Rolle als globale Akteurin gestärkte EU nicht nur negativ und als Bedrohung zu sehen. „Wir sollten schauen, welche Chancen eine solche neue europäische Rolle in sich birgt, und wie wir als Linke diese mitgestalten können“, so die Ansicht mehrerer Diskutant*innen. Das komme derzeit noch ein bisschen zu kurz.

In einem abschließenden Fazit knüpfte Europaparlamentarier Helmut Scholz nochmal an die Forderung an, dass es jetzt – mehr als je zuvor – um das Überleben der Menschheit gehe. Scholz: „Dafür und für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt muss eine künftige globale Akteurin EU in die Pflicht genommen werden.“ Wichtig sei zudem, dass öffentliche Narrativ mit Blick auf die friedensbewahrende Rolle der EU zu stärken. Als drittes müssten die verschiedenen Politikbereiche der EU endlich kohärenter werden, um diese Ziele umsetzen zu können.



Foto: Tolga Akmen / AFP

London, 2020

„Die Kollektivrechte müssen gestärkt werden“

Wie kann mehr soziale Gerechtigkeit in der EU erreicht werden? – das vierte Event im Rahmen der Online-Reihe „Zukunft Europa“. **Von Monika Hoegen**

Eine EU der offenen Grenzen, Mobilität und Freizügigkeit – das ist die eine, die wünschenswerte Seite. Doch im europäischen Alltag steht dem oft ein erhebliches soziales und wirtschaftliches Ungleichgewicht der einzelnen Länder entgegen. Dass es mehr soziale Gerechtigkeit in der EU geben muss, steht daher außer Frage. Aber wie soll diese aussehen? Und wie kann sie erreicht werden? Diese Frage stand im Mittelpunkt der vierten Veranstaltung der Reihe „Zukunft Europa“ mit Özlem Demirel, Abgeordnete im Europäischen Parlament für DIE LINKE und Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, und Tomáš Pavelka vom Böhmischem-mährischem Gewerkschaftsbund (ČMKOS) als Hauptreferent*innen.

Zum Auftakt beschrieb Europaparlamentarier Helmut Scholz noch einmal das Grundmotiv für die Veranstaltungsreihe: „Wir können als Linke nicht darauf warten, wann und ob die angekündigte europäische Zukunftskonferenz unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger startet“, so Scholz. „Wir müssen schon mal damit anfangen.“ Dabei gehe es vor allem darum, beispielhaft zu diskutieren, was in einzelnen Politikbereichen funktioniert und was nicht. Bezogen auf das Thema des Abends bedeute das nicht, alle Einzelaspekte zu diskutieren („das wäre wohl nicht zu schaffen“), sondern zu schauen, wo anders gesteuert werden müsse und gegebenenfalls auch EU-Verträge modifiziert werden müssten.

Linke Forderungen über Jahre blockiert

Moderatorin Gabi Zimmer, ehemalige Fraktionsvorsitzende der GUE/NGL, die in dieser Eigenschaft selbst schwerpunktmäßig zu sozialpolitischen Themen gearbeitet hatte, konnte eine gewisse Verwunderung über die gegenwärtige Situation nicht verhehlen. „Ich reibe mir wirklich manchmal die Augen“, so Zimmer. „Viele unserer Forderungen wurden über Jahre hinweg blockiert. Jetzt aber gibt es mit Blick auf Corona deutliche Verschiebungen.“ Als Beispiel nannte sie den Vorschlag der EU-Kommission von Ende Oktober, eine Richtlinie zu beschließen, mit der sichergestellt werden soll, dass Arbeitnehmer*innen in der Union durch angemessene Mindestlöhne geschützt werden, die ihnen am Ort ihrer Arbeit einen angemessenen Lebensstandard ermöglichen. Zimmer: „Das wäre noch vor zwei Jahren undenkbar gewesen.“ Insofern gebe es vielleicht für linke Akteur*innen mit Blick auf die EU-Sozialpolitik nun neue Spielräume. Das jedoch sahen im Laufe der folgenden Diskussion nicht alle Redner*innen so.

Tomáš Pavelka vom Böhmischem-mährischem Gewerkschaftsbund beschrieb in einer detaillierten und mit reichlich Zahlenmaterial bestückten Präsentation die Lohn- und Einkommenssituation in seiner Heimat, der Tschechischen Republik. Der durchschnittliche Stundenlohn sei nach der Revolution sehr niedrig gewesen und blieb auch letztes Jahr mit umgerechnet

13,50 Euro auf einem sehr niedrigen Niveau. Zwar habe sich die Situation in den vergangenen Jahren verbessert, „auch dank der Kampagnen von Seiten der Gewerkschaften“. Allerdings befördere der ungünstige Wechselkurs zwischen der tschechischen Krone und dem Euro die Niedriglohnwirtschaft und trage nicht zu langfristigem Wirtschaftswachstum bei. Auch hier müsse es zu deutlichen Verbesserungen kommen. Profitiert hingegen hätten von der „low-wage/low-cost policy“ der Vergangenheit die Unternehmen. So machten die Dividenden, die ins Ausland flossen, einen großen Teil des Bruttoinlandsproduktes aus – rund 300 Milliarden tschechische Kronen.

Ein anderes Problemfeld ist nach Aussage von Pavelka der hohe Anteil ausländischer und schlecht bezahlter Arbeitskräfte am Gesamtarbeitsmarkt in Tschechien – viele von ihnen aus der Ukraine, Slowakei, Vietnam, der Ukraine oder Polen. Sie stellen rund 12 Prozent der Arbeitskräfte. „Ich bin nicht gegen diese Menschen“, so Pavelka. Es brauche gleiche Löhne und gerechte Arbeitsbedingungen anstatt einer Niedriglohnkonkurrenz, die den Kampf der Gewerkschaften um höhere Löhne im Land erschwert. Erstaunlich vor diesem Hintergrund allerdings ist nach Worten Pavelkas, dass die physische Produktivität der Tschechischen Republik durchaus vergleichbar mit anderen EU-Staaten sei, sogar mit Deutschland, aber nicht die finanzielle Produktivität. „Wenn wir etwa Škoda und VW vergleichen, sehen wir, dass sie ähnlich viele Einheiten in der gleichen Zeit produzieren.“

Dennoch führe der Mix aus billigen Arbeitskräften und einem schwachen Wechselkurs in einen Teufelskreis. Denn dadurch komme es zu technologischer Rückständigkeit, einem geringeren Produktions- und Mehrwert, was wiederum erneut zu niedrigen Löhnen führe. Ein bisschen offen ließ Pavelka, welche Forderungen er aus dieser detaillierten Analyse der Situation in seiner Heimat für die künftige Sozialpolitik der EU ableitet.

Die zweite Referentin des Abends, Özlem Demirel, Abgeordnete im Europäischen Parlament für DIE LINKE und Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, ging die Diskussion etwas grundsätzlicher an. „Die Frage ist doch, wie viel Sozialpolitik gibt es in der EU“, so Demirel. „Die Antwort lautet: In der Geschichte und Konstruktion der Europäischen Union ist sie praktisch kaum vorhanden. Soziale Standards für Europa wurden nicht festgelegt.“ Stattdessen sei die Priorität auf den Aufbau des Binnenmarktes gelegt worden und auf die Wirtschaftspolitik – allerdings nicht zum Wohle aller. Demirel: „Es ging im neoliberalen Sinne um Öffnung der Märkte, den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften.“ Jetzt dagegen „müssen wir es schaffen, dass soziale Rechte übergeordnet sind“. Zur Frage, ob die Pandemie und dadurch erfolgte politische Verschiebungen, wie von Gabi Zimmer beschrieben, wirklich neue sozialpolitische Chancen eröffnen, warb Demirel für eine differenzierte Auseinandersetzung. Man dürfe nicht vergessen, dass die Pandemie gerne als Vorwand genutzt werde, nicht aber Ursache eines Sinneswandels ist. Die Versuche Frankreichs und Deutschlands, Widersprüche im Binnenmarkt zu überwinden, zielten auch darauf ab, außenpolitisch gestärkt auftreten zu können. Zudem beobachtet sie „wenn auch nicht in allen, aber doch in einigen EU-Ländern“ eine soziale Spirale nach unten. Auch die Dominanz der deutschen Wirtschaft stelle ein Problem dar und verschärfe bestehende Ungleichheiten.

Mindestlöhne mit Untergrenzen

Demirel wies darauf hin, dass in der EU immer noch 95 Millionen Menschen arm sind; 20 Millionen seien von Armut bedroht und könnten von ihrer Arbeit nicht leben. Demirel: „Das ist immerhin jede*r zehnte abhängig Beschäftigte!“ Positiver sei das Bild immer da, wo es starke Gewerkschaften gibt, etwa in den skandinavischen Ländern. Aber gerade der Einfluss der Gewerkschaften sei auch bedroht. Zwar stelle offiziell niemand deren Existenzrecht in Frage, doch real würden sie geschwächt. Demirel: „Die Kollektivrechte in der EU müssen deutlich gestärkt werden.“

Mit Blick auf den Kommissionsvorschlag für faire Mindestlöhne in den europäischen Ländern forderte sie, EU-weite, klare Untergrenzen festzulegen, die niemand unterschreiten dürfe. Diese müssten mindestens bei 60 Prozent des Median-Einkommens und bei 50 Prozent des Durchschnittseinkommens liegen, wie es auch der europäische Gewerkschaftsbund fordert. Sie betonte, dass es auf der einen Seite klare Mindeststandards und Sicherungssysteme wie etwa ein Mindesteinkommen und eine Mindestrente geben muss und gleichzeitig starke Gewerkschaften und eine stärkere Tarifbindung. Mitdiskutant Pavelka zeigte sich bei der Frage, ob und was die Gewerkschaften tun können, um den Mindestlohn voran zu bringen, zögerlich. Die Verhandlungspositionen seien vielerorts schwach. In der Tschechischen Republik beispielsweise unterlaufe die neue Lage durch Covid-19 gewerkschaftliche Bemühungen. Pavelka: „Die Regierung sagt, die Unternehmen haben jetzt so viele Probleme, da können sie nicht auch noch die Löhne erhöhen.“

In der anschließenden, kurzen Debatte mit dem Publikum wurde erneut deutlich, dass in der Frage nach EU-weiten Mindestlöhnen durchaus unterschiedliche Ansichten herrschen. So sei fraglich, in welcher Höhe überhaupt Untergrenzen festgelegt werden könnten, solange die wirtschaftlichen Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten so unterschiedlich sind. Dazu kommt, dass die skandinavischen Gewerkschaften EU-weiten Regelungen mit Blick auf ihre heimischen, noch vergleichbar hohen, Sozialstandards skeptisch gegenüberstehen. Zu groß ist die Sorge, dass EU-weite Vorgaben die Tür zum Unterlaufen der nordischen Sozialmodelle öffnen. Eine Teilnehmerin wies allerdings darauf hin, dass es bei der Debatte um eine gerechtere EU-Sozialpolitik ja nicht ausschließlich um den Mindestlohn gehe, sondern um zahlreiche weitere soziale Mindeststandards. Sie forderte eine starke europäische Arbeitsbehörde. Einig war man sich am Schluss wohl darüber, dass die EU in Sachen Sozialstandards eine starke Position vertreten und eigene Marker setzen muss. Oder, wie Gabi Zimmer es abschließend ausdrückte: „Vieles an der EU ist nicht gut, aber ohne sie geht es auch nicht.“

Kernthesen und Forderungen

Tomáš Pavelka:

- Die Wirtschaft der tschechischen Republik nach der Revolution basierte auf dem Prinzip niedriger Löhne/niedriger Kosten.
- Profitiert haben davon die Unternehmen, viel Dividende floss/fließt ins Ausland.
- In den vergangenen Jahren haben sich die Gewerkschaften in Kampagnen, zum Teil erfolgreich, dagegen gewehrt.
- Der derzeitige Wechselkurs Euro/tschechische Kronen ist ungünstig für das heimische Wirtschaftswachstum.
- Der Anteil – billiger – ausländischer Kräfte am tschechischen Arbeitsmarkt ist hoch und problematisch für den Kampf gegen niedrige Löhne.
- Die physische Produktivität dagegen ist vergleichbar mit anderen Industrie- und EU-Staaten, nicht aber die finanzielle Produktivität, die deutlicher niedriger ist.

Özlem Demirel:

- Sozialpolitik ist in der Grundkonstruktion der EU praktisch kaum angelegt. Es wurden dazu keine Standards festgesetzt.
- Stattdessen wird die EU von neoliberalem Denken und Handeln bestimmt.
- In einigen EU-Ländern geht die soziale Spirale nach unten.
- Die Dominanz der deutschen Wirtschaft ist ein zusätzliches Problem.
- Der Kommissionsvorschlag für faire Mindestlöhne in den europäischen Ländern sollte EU-weite, klare Untergrenzen enthalten, die niemand unterschreiten dürfe. Diese müssen mindestens bei 60 Prozent des Median-Einkommens und bei 50 Prozent des Durchschnittseinkommens liegen, wie auch vom europäischen Gewerkschaftsbund gefordert.
- Kollektivrechte müssen EU-weit gestärkt werden, eine stärkere Tarifbindung ist nötig.

Allgemeine Diskussion:

- Es muss in der Debatte nicht nur um den Mindestlohn gehen, sondern um die europaweite Einführung genereller sozialer Mindeststandards.
- Eine starke europäische Arbeitsbehörde ist nötig.
- Die EU muss klare Standards setzen.

